

# Firmen hilfreicher als Entwicklungshelfer?

## *Investitionen schaffen mehr Arbeitsplätze als Hilfe*

Von Urs Egger\*

**In den letzten Jahrzehnten wurden im Kampf gegen die Armut weltweit grosse Fortschritte erzielt, allerdings nicht überall und nicht im selben Ausmass: Es verzeichneten nur solche Länder Erfolge, welche wirtschafts- und sozialpolitische Reformen durchführten. Dort zeigte auch der Einsatz von Entwicklungsgeldern Wirkung. Trotz diesen Erfolgen haben die Unterschiede zwischen Armen und Reichen zugenommen.**

Seit zwei Jahren mehren sich die Anzeichen, dass viele Nichtregierungsorganisationen (NGO) das Problem der Armut mit Fundamentalkritik anstatt mit Entwicklungsanstrengungen angehen wollen. Die Argumentationsmuster erinnern an die siebziger Jahre, als den Multis und den Bretton-Woods-Institutionen die Schuld für die wachsenden Entwicklungsunterschiede zugeschoben wurde. Heute werden die Akteure der sogenannten Globalisierung in diesen Rollen gesehen. In den neuen Strategien einiger Entwicklungsagenturen tauchen ebenfalls Entwicklungsrezepte aus jener Zeit auf, deren Misserfolge bekannt sind. Im Folgenden wird dargestellt, dass marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungsansätze für nachhaltige Erfolge eine Voraussetzung sind.

### **Ohne Privatsektor keine Nachhaltigkeit**

In den neunziger Jahren fanden marktwirtschaftliche Ansätze der Entwicklung grössere Verbreitung. Neben *wirtschaftspolitischen Reformen* gehören *Dezentralisierung* der Verwaltung, *Transparenz* und die Respektierung der Menschenwürde und der Menschenrechte zu den Rahmenbedingungen der Marktwirtschaft. Werden Teile der Bevölkerung (besonders Frauen) oder soziale Schichten vom Zugang zu Ressourcen oder zur politischen Mitbestimmung ausgeschlossen, führt dies zu einer Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten einer Gesellschaft. *Besser ausgebildete* Arbeitskräfte oder Unternehmer können sich auf funktionierenden Märkten durchsetzen. Dies ist der erfolgversprechendste Weg, arme und unterprivilegierte Schichten in die Marktwirtschaft zu integrieren. Selbstverständlich müssen Unternehmen eine minimale Ausstattung mit Ressourcen bzw. im Falle der Landwirtschaft den gesicherten Zugang zur Nutzung des Bodens aufweisen. Entgegen einer weitverbreiteten Ansicht weist das neueste Werk von *Hernando de Soto* («The Mythos of Capital») nach, dass ein Grossteil der ärmsten Schichten in den Favelas der Grossstädte durchaus über Eigentum verfügt. Dieses wird aber vom Staat *nicht geschützt* und somit vom formellen Bankensektor *nicht als Sicherheit* anerkannt. Daher erhalten diese Personen keine Kredite, was das Wachstum der unternehmerischen Tätigkeit der armen städtischen Bevölkerung weitgehend verunmöglicht.

### **Armutsbekämpfung als Entwicklungsziel**

Der *wachsende Einfluss der NGO* auf die Strategien der Entwicklungsagenturen wird beim neuerdings stark in den Vordergrund gerückten Postulat der Armutsbekämpfung deutlich. Dieses Postulat stellt das Oberziel jeder Entwicklungszusammenarbeit dar und kann daher kein Element der Umsetzungsstrategie sein. Durch diese Verschiebung auf die strategische Ebene entsteht eine *Vermischung* von direkter und indirekter Armutsbekämpfung bzw. von Sozial- und Wirtschaftspolitik. *Direkte* Armutsbekämpfung durch Beschäftigungsprogramme (z. B. Food for Work), Subventionierung und Besteuerung bestimmter Sektoren, Einkommenstransfers via Ausbildungsprogramme, Reglementierung von Arbeits- und Kreditmärkten usw. stammt aus dem protektionistischen Instrumentarium der siebziger Jahre. Deren Misserfolge wurden zur Genüge bewiesen, denn sie lähmt die unternehmerische Initiative. Entwicklungsprojekte sollten daher dem Konzept der *indirekten* Armutsbekämpfung folgen. Dabei werden durch die Förderung von expandierenden Kleinunternehmen Arbeitsplätze geschaffen, die in erster Linie den ärmeren Schichten zugute kommen. Voraussetzung ist allerdings, dass diese entsprechende berufliche Qualifikationen haben. Es wurde bereits verschiedentlich nachgewiesen, dass private Investitionen für wirtschaftliches Wachstum sorgen. Dies setzt allerdings voraus, dass *der Staat* seine Rolle als Hort effizienter Märkte wahrnimmt. Er hat folglich die Aufgabe, Korruption zu bannen, die makroökonomische Stabilität zu sichern, ein funktionierendes unabhängiges Rechtssystem zu schaffen und zu wahren, die Infrastruktur auf die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung auszurichten (Strassen, Gesundheit, Schulen), Haushaltsdefizite zu vermeiden sowie demokratische Verhältnisse zu garantieren. Dieses Verhalten wird heute unter dem Stichwort der «guten Regierungsführung» (*good governance*) zusammengefasst. Die Verantwortung für eine gute Regierungsführung liegt bei den *Führungsschichten der Entwicklungsländer*. Wenn sie diese nicht wahrnehmen, sind viele gut gemeinte Entwicklungsanstrengungen wirkungslos.

Die wirksamste Armutsbekämpfung besteht in der *Integration* armer Schichten in die Marktwirtschaft und in die politische Willensbildung. Im Zusammenspiel von Staat und Entwicklungszusammenarbeit können Rahmenbedingungen verbessert werden. Dem Staat fällt dabei neben der erwähnten guten Regierungsführung im Besonderen die Aufgabe zu, auch den Armen den Zugang zu einer guten Grundschulbildung zu ermöglichen. Die so entstehenden Chancen müssen dann aber von den *Individuen* wahrgenommen werden. Nur ein solches Entwicklungsverständnis ist letztlich partnerschaftlich. Der Einsatz in sogenannten Steuerungsausschüssen einzelner Entwicklungsprojekte bedeutet noch längst keine wirkliche Partizipation. Eine solche ist stets mit dem Einsatz eigener Ressourcen verbunden, welche dem Risiko des Marktes ausgesetzt werden - eine Erfahrung, welche die Armen täglich machen. In Ergänzung dazu dürfen die Industrieländer im globalen Zusammenhang nicht von den Reformbemühungen im *Welthandel* ablassen. Im Agrarbereich z. B. löst ein Abbau des Protektionismus im Norden mehr Wachstumsimpulse im Süden aus als viele Entwicklungsprojekte zur Produktionssteigerung. In diesem Sinn gliedert sich Privatwirtschaftsförderung in den grösseren Kontext der weltweiten Liberalisierung ein. Die Fortsetzung der Verhandlungen in der WTO ist daher eine selbstverständliche Notwendigkeit. - Für den Erfolg von Kleinunternehmen (KMU) sind mehrere Faktoren ausschlaggebend. Die entscheidende Grösse ist der Unternehmer selbst. Techniken zur Entscheidungsfindung sind erlernbar. Viele entscheidende Eigenschaften einer Unternehmerpersönlichkeit (Mann oder Frau) wie z. B. das Erkennen einer wirklichen Innovation oder der Blick für die am besten geeigneten Mitarbeitenden können aber nicht erlernt werden. Förderprogramme jeder Art für KMU *beschränken* sich daher auf die Vermittlung bestimmter Techniken, die Verbesserung des Marktzuganges und der Information.

### **Förderung der Privatwirtschaft**

Die Programmaktivitäten zur KMU-Förderung basieren seit Mitte der neunziger Jahre auf dem Ansatz der «Dienstleistungen zur Geschäftsentwicklung». Die *Entwicklungszusammenarbeit des Bundes (Deza)* und *Swisscontact* spielten bei der Entwicklung dieses Ansatzes eine Pionierrolle. Die Schweiz weist in der gegenwärtigen internationalen Diskussion zu diesem Thema immer noch die meisten erfolgreichen Erfahrungen auf. Der Ansatz wurde entwickelt, weil in vielen Entwicklungsländern die Angebote an Dienstleistungen für KMU (Management-Ausbildung, Marketing-Kurse, Buchhaltung, Unternehmensberatung, technische Weiterbildung usw.) zu wenig auf deren Bedarf ausgerichtet und von ungenügender Qualität sind. Um diese Defizite zu überwinden, arbeitet Swisscontact mit Partnerorganisationen nach folgenden Prinzipien:

- Marktbeziehungen mit den Partnern (Anbieter von Dienstleistungen) auf der Basis von Leistungsverträgen (Prämien für erreichte Resultate);
- Partner müssen unternehmerisch und nachfrage- orientiert arbeiten;
- Wettbewerb zwischen den Dienstleistungsanbietern durch die gleichzeitige Zusammenarbeit mit mehreren Partnern;
- Bewahren der Erkenntnisse der Marktwirtschaft.

Private wirtschaftliche Initiative ist der Motor jeder Entwicklung. Unternehmerische Tätigkeit muss allerdings auch die *soziale Verantwortung* einschliessen. Mit der vordergründigen allgemeinen Anerkennung der Bedeutung der Privatwirtschaft für die Entwicklung im Verlauf der neunziger Jahre entstand aber die Gefahr der Verwässerung. Heute nutzen einige Organisationen den Begriff der Armutsbekämpfung zur Verschleierung ihrer wahren Absichten - nämlich die Bekämpfung einer offenen, allen dienenden Marktwirtschaft. Wenn die Armen den Zugang zu effizienten Märkten haben sollen, braucht es dazu Voraussetzungen wie Bildung, Infrastrukturen und Gesundheit. Aber nicht alle sind zum Unternehmer geboren. Die *Arbeitsteilung* zwischen Unternehmen, Arbeitskräften und Staat bildet letztlich die Basis für eine marktwirtschaftliche Entwicklung. Richtig verstandene Entwicklungszusammenarbeit kann dieses Zusammenspiel lediglich in der Verbesserung der *Voraussetzungen* unterstützen. In diesem nachhaltigen Sinn soll also Privatwirtschaftsförderung betrieben werden.

\* Der Autor ist Geschäftsführer von Swisscontact.